



Prioritäten der Schweiz für die 77. Tagung der UNO-Generalversammlung

Bericht des Bundesrats zuhanden der
Aussenpolitischen Kommissionen

vom 25. Mai 2022

Prioritäten der Schweiz für die 77. Tagung der UNO-Generalversammlung

Für die 77. UNO-GV setzt sich die Schweiz folgende **vier Prioritäten**.

I. Bewältigung der Folgen des bewaffneten Konflikts in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine hat global weitreichende Auswirkungen. Diese sind aktuell noch nicht vollends absehbar, dürften aber u.a. folgende Bereiche betreffen: Energiepreise, Ernährungssicherheit, Armut, Migration, humanitäre Hilfe, Welthandel, militärische Aufrüstung, Stabilität im digitalen Raum und Finanzierung von multilateralen Organisationen sowie ein erhöhtes Risiko gegenseitiger Blockaden und eine Vertrauenskrise. Angesichts dieser grossen Unwägbarkeiten engagiert sich die Schweiz im Rahmen der UNO-GV für die Bewältigung der vielfältigen Folgen des bewaffneten Konflikts in der Ukraine wie auch in anderen Staaten. Dabei setzt sie sich in allen Tätigkeitsbereichen für eine regelbasierte internationale Ordnung und insbesondere für die Wahrung der Menschenrechte ein und macht sich dafür stark, dass die UNO ihre Rolle als universelle Dialogplattform zur Diskussion globaler Probleme weiterhin wahrnehmen kann. Die Schweiz setzt dabei auf eine Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten und versucht, wo möglich und angebracht, auch andere Staaten miteinzubinden. Ferner achtet sie auf eine Stärkung der im Feld tätigen operationellen UNO-Agenturen, die in zahlreichen Ländern vor verschiedenen zusätzlichen Herausforderungen stehen dürften.

II. Förderung des Völkerrechts

Für die Schweiz als stark in die Weltwirtschaft integrierte Volkswirtschaft bildet das Völkerrecht die Basis der internationalen Beziehungen, da es Rechtssicherheit und Verlässlichkeit fördert. Die Geschehnisse in der Ukraine verdeutlichen die zentrale Bedeutung einer rechtsbasierten internationalen Ordnung. Entsprechend setzt sich die Schweiz auch im Rahmen der UNO für die Anerkennung, Einhaltung und Durchsetzung des Völkerrechts ein. Dies insbesondere auch bezüglich neuer Fragen wie der Anwendung des Völkerrechts im Cyberraum, inklusive des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte (z.B. im Rahmen der Verhandlungen zu einer UNO-Konvention zur Cyberkriminalität).

Entlang der Leitlinien Menschenrechte 2021-2024 engagiert sich die Schweiz im gesamten UNO-System zugunsten der Menschenrechte, insbesondere auch der Frauenrechte, der Geschlechtergleichstellung und der Minderheitenrechte. Sie nimmt beispielsweise im September 2022 am hochrangigen Treffen der UNO-GV anlässlich des 30. Jubiläums der Erklärung über die Rechte nationaler oder ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten teil. Zudem setzt sie sich für die weitere Stärkung der Verbindung zwischen Frieden, Sicherheit und Menschenrechten ein.

Basierend auf ihrer langjährigen humanitären Tradition macht sich die Schweiz ausserdem für den Respekt des humanitären Völkerrechts und der humanitären Prinzipien stark.

III. Förderung einer wirksamen UNO

Viele aktuelle Herausforderungen zeigen auf, wie vernetzt die heutige Welt ist. Globale Herausforderungen brauchen globale Antworten. Dazu ist mehr und nicht weniger internationale Zusammenarbeit nötig. Die Schweiz engagiert sich deshalb – auch angesichts des infolge des bewaffneten Konflikts in der Ukraine eingetretenen Vertrauensverlusts – für einen wirksamen und effizienten Multilateralismus. Sie setzt sich für die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der UNO und der Verbesserung ihrer Arbeitsmethoden ein, unter anderem als Koordinatorin der interregionalen Gruppe «Rechenschaftspflicht, Kohärenz und Transparenz» (ACT). Diese befasst sich v.a. mit der Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die Schweiz auch aktiv an Diskussionen zur Reform des Vetorechts im Sicherheitsrat. Weiter setzt sich die Schweiz auch für eine verbesserte Zusammenarbeit und Koordination unter den verschiedenen UNO-Organen ein. Um eine flexiblere und schlagkräftigere UNO zu fördern, unterstützt die Schweiz die Arbeiten des Generalsekretärs für eine «UNO 2.0». Dabei will die UNO ihre Fähigkeiten u.a. in den Bereichen Daten-Nutzung und Innovation ausbauen. Im Sinne eines wirksamen Multilateralismus vertritt die Schweiz auch weiterhin die Haltung, dass die UNO genügend Mittel zur Umsetzung von beschlossenen Mandaten erhalten

soll. Dies insbesondere, da vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts die Finanzierung der UNO durch Pflichtbeiträge zu einer Herausforderung werden dürfte, falls einige Staaten ihre Beiträge nicht länger bezahlen. Dabei unterstützt die Schweiz die Förderung innovativer Modelle zur Entwicklungsfinanzierung sowie vermehrte Partnerschaften zwischen der UNO und dem Privatsektor. Ausserdem setzt sich die Schweiz für die weitere Umsetzung der Reformen des UNO-Generalsekretärs ein.

Der UNO-Generalsekretär schlägt mit seiner im September 2021 vorgestellten «Our Common Agenda» ehrgeizige Massnahmen zur Stärkung des Multilateralismus vor: unter anderem eine «neue Friedensagenda», einen globalen Digitalisierungspakt, eine Erklärung für künftige Generationen und die Stärkung der Gouvernanz von globalen öffentlichen Gütern. Ein grosser Teil dieser Vorschläge soll anlässlich der Eröffnung der 78. GV-Session im September 2023 verabschiedet werden. Die Schweiz bringt sich entlang ihrer Prioritäten aktiv in die relevanten Vorbereitungsprozesse ein.

Ausserdem führt die Schweiz ihr Engagement für Nulltoleranz gegenüber sexueller Belästigung, Ausbeutung und Missbrauch in UNO-Feldeinsätzen und am Arbeitsplatz sowie für die systematische Untersuchung solcher Fälle weiter. Diese Taten führen bei den Opfern zu grossem persönlichen Leid; gleichzeitig bewirken sie einen Vertrauensverlust in die UNO und schwächen so die multilaterale Zusammenarbeit.

IV. Förderung der nachhaltigen Entwicklung

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ist der globale Referenzrahmen für die Nachhaltigkeitspolitik. Ihre Umsetzung bleibt zentral. Nebst dem Einsatz der Schweiz für die Erreichung der 17 Ziele der Agenda 2030, bereitet sie auch ihre hochrangige Teilnahme am Gipfel für nachhaltige Entwicklung (SDG Summit) im September 2023 vor.

Der Erhalt und die nachhaltige Nutzung einer gesunden Umwelt, inkl. Biodiversität, sowie der Schutz des Klimas bleiben wichtige Anliegen der Schweiz. Die Schweiz setzt sich daher auch im Rahmen der UNO für die Umsetzung bisheriger Entscheide und die Verabschiedung weiterer notwendiger Massnahmen für den Umweltschutz ein, unter anderem durch eine aktive Teilnahme an den relevanten internationalen Konferenzen (z.B. die UNO-Klimakonferenz COP 27 im November 2022). 2023 wird die erste Nachfolgeveranstaltung des UNO-Ernährungssystemgipfels von 2021 durchgeführt. Die Schweiz wird sich aktiv in die Vorbereitungsarbeiten einbringen.

Wasser hat nicht nur eine entscheidende Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung, sondern hängt auch eng mit anderen Themen wie Energie, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit zusammen. Wasser ist unabdingbar für Gesundheit und Wohlergehen. Dies wird auch in der Internationalen Aktionsdekade «Wasser für nachhaltige Entwicklung 2018-2028» der UNO hervorgehoben. Die Schweiz nimmt aktiv an den Vorbereitungsarbeiten und der Überprüfungskonferenz (Mid-Term Comprehensive Review) im März 2023 zur Umsetzung der Ziele der Aktionsdekade teil.

Schliesslich setzt sich die Schweiz im Rahmen der Agenda 2030 für eine Harmonisierung der verwendeten Indikatoren zur Messung der Umsetzung der 17 Entwicklungsziele ein.

Weitere Interessenwahrung in UNO-Prozessen

Im Übrigen wird sich die Schweiz entlang ihres Anspruchs, den Multilateralismus aktiv mitzugestalten, an den verschiedenen UNO-Standorten in die laufenden und künftigen UNO-Prozesse einbringen. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil trotz der Folgen des Ukraine-Konflikts die anderen drängenden Probleme der Menschheit nicht vernachlässigt werden sollten. Die Schweiz deckt dabei ein breites Themenspektrum ab (z.B. Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, Abrüstung, Nachhaltigkeit, Umwelt, Humanitäre Hilfe, Digitalisierung, Cyberkriminalität und Reformen) und wahrt die Interessen des internationalen Genf. Als Grundlage für diesen Einsatz dienen die Aussenpolitische Strategie 2020-2023, die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021-2024, die Strategie zur Aussenwirtschaftspolitik, die Strategie Digitalaussenpolitik 2021-2024, die Strategie Rüstungskontrolle und Abrüstung 2022-2025 sowie die Leitlinien Menschenrechte 2021-2024.